

wort wurde zwar nur von einem Mitglied des Parteivorstands als seine Privatmeinung mitgeteilt¹, doch haben sich offenbar die übrigen Mitglieder derselben angeschlossen, denn eine weitere Kundgebung von dieser Seite erfolgte nicht, das deutsche Mitglied des Internationalen Büros erklärte gleichfalls zunächst die Konferenz für nicht empfehlenswert², und die geplante Zusammenkunft unterblieb aus diesem Grunde.

Man mag über die Notwendigkeit oder Überflüssigkeit einer Konferenz des Internationalen Sozialistischen Büros aus Anlaß der Marokkoaffäre verschiedener Meinung sein. Diese Zusammenkunft war jedenfalls gar nicht für den nächsten Augenblick geplant, sie sollte nur vorbereitet werden, um nötigenfalls ins Werk gesetzt zu werden. In diesem ausdrücklichen Sinne haben auch nur die sozialistischen Vertreter Frankreichs, Spaniens und Englands die Anregung akzeptiert. Die Ablehnung von deutscher Seite jedoch, „zunächst“ die Konferenz abzuhalten, ist als eine Absage an die Idee überhaupt aufgefaßt worden, weshalb auch vom Brüsseler Sekretariat der Vorschlag gemacht wurde, die Marokkofrage ad acta der nächsten Jahressitzung des Büros zu legen. Daß dieses Verhalten der deutschen Partei auf die sozialistische Protestbewegung in den anderen Ländern nicht gerade ermutigend und anspornend wirken dürfte, scheint uns klar zu sein. Um so interessanter ist es, die Gründe zu erfahren, die zu diesem Verhalten unserer Partei geführt haben. Es klingt fast unwahrscheinlich, aber diese Gründe sind wieder einmal – die Rücksichten auf die bevorstehenden Reichstagswahlen³. Die Auffassung, die von dem Mitglied des Parteivorstands zum Ausdruck gebracht worden ist und die nach seiner Mitteilung bereits auch in einer öffentlichen Versammlung in Berlin dargelegt wurde, lautet folgendermaßen:

„Ich sehe in dem ganzen Streich etwas, womit unsere Staatlenker die allgemeine Aufmerksamkeit von den inneren Zuständen ablenken und Stimmung für die Reichstagswahlen machen wollen. Mit der inneren Politik ist unsere Regierung in solche Lage gekommen, daß sie bei einem Hund Mitleid erregen könnte. Sie greift also zu dem beliebten Mittel wie

1 Den Antwortbrief an das Internationale Sozialistische Büro hatte Hermann Molkenbühr geschrieben. Siehe dazu Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1967, S. 348–350.

2 August Bebel hatte am 10. Juli 1911 aus Zürich dem Internationalen Sozialistischen Büro schriftlich zugesagt, an einer Konferenz zur Marokkokrise teilzunehmen, jedoch in einem Brief vom 12. Juli eine solche Konferenz für nicht empfehlenswert gehalten.

3 Die Reichstagswahlen wurden am 12. Januar 1912 durchgeführt. Die Sozialdemokratie konnte dabei 4,2 Millionen Stimmen gegenüber 3,2 Millionen im Jahre 1907 erringen und die Zahl ihrer Mandate von 43 auf 110 erhöhen. Sie wurde damit die stärkste Fraktion des Reichstags.

Bismarck 1887 mit Boulanger¹ und Bülow 1906 mit den Hortentotten². Nun traue ich den Herren Bethmann Hollweg und Kiderlen-Wächter jede Dummheit zu, also auch solche, die zu ernsthaften europäischen Konflikten führen können. Bei Marokko glaube ich aber, daß die Herren nicht freie Hand haben, weil dort entgegengesetzte kapitalistische Interessen in Frage kommen, wovon die ‚französische‘ Gruppe auch in Deutschland die stärkere ist.

Diesen Mienenkrieg haben wir schon seit einigen Jahren. Bekanntlich hat ein Herr Mannesmann dem Sultan von Marokko Geld gegeben und dafür ein Schriftstück erhalten, von dem er und seine Freunde und die kleine Gruppe der Schreiber, die sich Alldutsche nennen, behaupten, daß durch dieses Schriftstück den Gebrüdern Mannesmann ein Monopol für Marokko gegeben ist. Freilich steht der Inhalt mit dem Algeciravortrag³ im Widerspruch. Mannesmann und seine Freunde behaupten, das schade nichts, denn die Algecirasakte könne ältere Verträge nicht beeinflussen.

Trotz des großen Lärms, den Mannesmann und seine Freunde in der Presse machten, war der frühere Staatssekretär des Äußeren, v. Schön, nicht zu bewegen, nur ein freundliches Wort über den Mannesmann-Vertrag zu sagen, weil er nicht offen Stellung gegen Mannesmann nehmen wollte. Als er doch zur Äußerung gezwungen wurde, fiel diese sehr zungunsten des Herrn Mannesmann aus. Der Grund ist folgender: Es ist weniger der unsichere Rechtsboden des Mannesmann als ein entgegenstehendes kapitalistisches Interesse. Mit Mannesmann konkurriert ein französisches Minensyndikat. Dieses Syndikat hat seinen Sitz in Paris, und an dem-

1 Im Jahre 1886 war der Wortführer der französischen Revandepolitiker, General Georges Boulanger, als Kriegsminister in die französische Regierung eingetreten. Otto von Bismarck benutzte diesen Umstand, um gegen Frankreich eine chauvinistische Hetze zu entfachen und um eine neue Heeresverlängerung zu begründen. Im Zeichen dieser verschärferten Situation wurden am 21. Februar 1887 (dem Rosenmontag, daher auch als Faschingswahlen bezeichnet) Wahlen zum Reichstag durchgeführt, bei denen die Zahl der sozialdemokratischen Mandate von 34 auf 11 zurückging.

2 Unter der Leitung des Reichskanzlers Bernhard von Bülow war der Wahlkampf zu den Reichstagswahlen am 25. Januar 1907 durch eine Hetzkampagne der Reaktion gegen alle oppositionellen Kräfte, besonders gegen die Sozialdemokratie, und durch chauvinistische Propaganda für die Weiterführung des Kolonialkrieges gegen die Hereros und Hottentotten in Afrika (siehe S. 70, Fußnote 2) gekennzeichnet. Obwohl die Sozialdemokratie die größte Stimmzahl erzielte, erhielt sie auf Grund der veralteten Wahlkreisinteilung sowie der Stichwahlbündnisse der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie nur 43 Mandate gegenüber 81 im Jahre 1903.

3 Mit dem Algeciravortrag vom 7. April 1906 war die erste Marokkokrise von 1905 beendet worden. Der Vertrag garantierte Marokko formal die Unabhängigkeit, festigte aber den Einfluß Frankreichs in Marokko, indem er die Polizei des Landes auf fünf Jahre französischer und spanischer Kontrolle unterstellte. Deutschland hatte sich durch seine imperialistische Außenpolitik außenpolitisch fast völlig isoliert.